



Commerzbank-Zentrale in Frankfurt am Main

tionen gegen Sudan, Iran und Kuba unterlaufen hatte. Die Commerzbank muss offenbar mit einer Strafe von mehr als 500 Millionen Euro rechnen, ein entsprechender Vergleich soll kurz vor dem Abschluss stehen. Auch die Deutsche Bank steht in Verhandlungen, bei ihr soll es um eine Strafe von bis zu 600 Millionen Euro gehen. Beide Institute erklären lediglich, dass sie voll mit den US-Behörden kooperierten. Diese verlangen von ausländischen Unternehmen, die Geschäfte in Dollar abwickeln, dass sie sich strikt an US-Sanktionen halten. Die Banken selbst fühlen sich nicht nur von den USA zu hart angefasst, sondern vermissen auch politische Unterstützung aus der Heimat. „Europäische Unternehmen und Banken können durch US-Sanktionen in Konflikt mit europäischem oder nationalem Recht geraten“, sagt Finn Zeidler, Rechtsanwalt bei der Kanzlei Latham & Watkins und spezialisiert auf die Vertretung europäischer Unternehmen in US-Ermittlungsverfahren. „In solchen Fällen verbietet ihnen hiesiges Recht, US-Auflagen zu erfüllen, oder macht es schwierig, Auskunftsersuchen der amerikanischen Behörden voll nachzukommen.“ Dadurch handelten sie sich von den Amerikanern den Vorwurf fehlender Gesetzestreue beziehungsweise Kooperation ein. „EU-Kommission und Regierungen unterstützen ihre Konzerne in diesem Konflikt nicht ausreichend“, kritisiert Zeidler. mad/mhs

### US-Strafzahlungen

## Banken fühlen sich alleingelassen

Das harte Vorgehen amerikanischer Behörden gegen europäische Banken wegen des Bruchs von US-Sanktionen besorgt die Bundesbank. „Die Sanktionierung europäischer Banken durch die USA ist für die Finanzinstitute eine er-

hebliche Belastung. Wir beobachten das sehr aufmerksam“, sagt Bundesbank-Vorstand Andreas Dombret. Die französische Großbank BNP Paribas hat vor zwei Wochen rund neun Milliarden Dollar Strafe akzeptiert, weil sie US-Sank-

### Wettbewerbskontrolle

#### What's up?

Die EU-Wettbewerbsbehörde überprüft den Kauf des Kurznachrichtendienstes WhatsApp durch Facebook für 19 Milliarden Dollar. Da in den drei EU-Ländern Großbritannien, Spanien und Zypern nationale Behörden aus jeweils anderen Wettbewerbsgründen kontrolliert hätten, durfte die EU das Verfahren an sich ziehen. „Alle Beteiligten sind froh, dass sich ein Hebel zur Prüfung gefunden hat“, sagt einer der Kartellwächter. In Deutschland beispielsweise konnte das Bundeskartellamt nicht aktiv werden, weil der nationale Umsatz von WhatsApp unter fünf Millionen Euro liegt, obwohl über 30 Millionen Deutsche den Dienst nutzen. Doch der wah-



Smartphone-Apps

re Wert von WhatsApp lässt sich nicht mit Umsatzzahlen messen. Facebook will mit dem Kauf an die Nutzerdaten aus zehn Milliarden Nachrichten, 700 Millionen Fotos und 100 Millionen Videos herankommen, die weltweit jeden Tag über WhatsApp verschickt werden. Nun hat die EU-Behörde Konkurrenten der beiden Firmen aus dem Silicon Valley angeschrieben, um mehr über die Wettbewerbswirkung der im Februar von Facebook-Gründer Mark

Zuckerberg angekündigten Übernahme zu erfahren. Beispielsweise will WhatsApp demnächst mithilfe von Facebook kostenlose Telefonate anbieten. Auch soll untersucht werden, wie Facebook die Daten der mehr als 500 Millionen WhatsApp-Nutzer künftig verwerten will. pau

### Bundesbank

#### CDU-Kandidat fällt als Vorstand durch

Die SPD hat die Wahl des Chefs der Dresdner Staatskanzlei, Johannes Beermann (CDU), zum Vorstand der Bundesbank verhindert. Das Vorschlagsrecht für den Posten liegt bei Sachsen und Thüringen. Die Ministerpräsidenten der Länder, Stanislaw Tillich und Christine Lieberknecht (beide CDU), hatten

sich auf die Berufung des 53-jährigen Staatsministers bereits geeinigt. Unter anderem weil Beermann früher Generalbevollmächtigter der umstrittenen Immobiliengruppe Fundus war, haben sich die in Thüringen mitregierenden Sozialdemokraten allerdings von Anfang an gegen die Wahl gewehrt. Deshalb konnte Beermann auf der Bundesratsitzung am vergangenen Freitag nicht wie beabsichtigt berufen werden. Das nächste Treffen der Länderkammer findet erst Mitte September statt – und damit nach den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen. In der SPD heißt es, man habe verhindert, dass die Bundesbank „zur Bad Bank für Versorgungsfälle“ verkomme. Einen neuen Kandidaten für den mit 250 000 Euro dotierten Posten gibt es noch nicht. bö1

FOTOS: GABRIEL BOUYS / AFP (L.); MARC-STEFFEN UNGER (O.)